

Forderungen zur Wahl in Niedersachsen und Hessen	2
Modellprojekt Telearbeit in Hessen	2
Länder beraten über Öffnungsklauseln	2
Berlin: Tarifgespräch für den öffentlichen Dienst eröffnet	3

INFORMATIONEN

für Beamtinnen und Beamte

www.beamten-informationen.de

Geteilte Positionen zur Tarifübertragung

„Eins zu eins“

Das Bundesinnenministerium (BMI) hält es für „wünschenswert“, den Tarifabschluss für ArbeiterInnen und Angestellte auf Beamtinnen und Beamte zu übertragen. Der Parlamentarische Staatssekretär im BMI, Fritz Rudolf Körper (SPD), plädierte für eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme. Die Länder stehen dazu unterschiedlich. Niedersachsens Ministerpräsident Sigmar Gabriel (SPD) kündigte an, das Land werde den Tarifabschluss „eins zu eins“ übernehmen, einschließlich der Kompensationen, etwa die Streichung eines freien Tages. Auf die Ausgleichsleistungen verzichten will das Saarland, da sie von den Beamtinnen und Beamten schon erbracht worden seien. Hessen kündigte an, im Bundesrat der Übertragung des Abschlusses zuzustimmen. Auch Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) sprach sich dafür aus.

Nordrhein-Westfalen könnte den Abschluss einem Regierungssprecher zufolge auch in diesem Jahr nicht unverändert auf die Beamtinnen und Beamten übertragen. Der Sprecher verwies darauf, dass es bereits in den vergangenen Jahren zu zeitlichen Verzögerungen gekommen sei. Laut rheinland-pfälzischem Finanzminister Gernot Mittler (SPD) übersteigt die Tarifeinigung die Finanzkraft seines Landes. Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU, Hartmut Koschyk, forderte die Bundesregierung auf, ihren „Wunsch“ in die Tat umzusetzen und „unverzüglich“ einen Gesetzentwurf für die „zeit- und wirkungsgleiche“ Übernahme vorzulegen.

Was bedeutet „zeit- und inhaltsgleiche Übertragung“?

Sehrbrock warnt vor versteckten Kürzungen

Die TarifpolitikerInnen im öffentlichen Dienst haben ihre Arbeit beendet. Für die Besoldungsfachleute beginnt sie erst. Denn die von den Gewerkschaften geforderte zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses birgt einige Tücken, wie DGB-Vorstandsfrau Ingrid Sehrbrock erläutert.

Der Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst ist da. Zustande gekommen ohne den Streik, den schon jedermann erwartet hatte. Ein Ergebnis, das beiden Seiten Zugeständnisse abgefordert hat. Die Vernunft hat gesiegt. Was zu tun bleibt, ist, das Tarifergebnis auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Unsere Forderung dazu ist eindeutig: Die Besoldung muss zeit- und inhaltsgleich angepasst werden. Es gibt keine sachlichen Gründe, die Beamtinnen und Beamten erneut vom Tarifbereich abzukoppeln. Wer das versucht, handelt sich Ärger mit uns und den Beschäftigten ein!

Man darf allerdings die Probleme einer eins-zu-eins-Übertragung nicht übersehen: Lineare Anpassungen der Grundvergütungen lassen sich problemlos übernehmen. Das Gleiche gilt für Einmalzahlungen. Anders ist es dagegen beim Arbeitszeitverkürzungstag (AZV) und dem Stufenmoratorium. Auf einen AZV-Tag müssen Beamtinnen und Beamte im Bund und in einigen Ländern schon länger verzichten. Mehr noch: In den meisten Ländern ist die 40-Stunden-Woche wieder eingeführt worden, in Berlin

sind es sogar 42 Stunden. Das Beamtenrecht sieht hierfür keine finanzielle Kompensation vor. Daher ist fraglich, wie eine gerechte Übertragung aussehen könnte.

Ähnlich verhält es sich mit dem so genannten Stufenmoratorium. Angestellte steigen alle zwei Jahre auf. In den Jahren 2003 und 2004 wird das höhere Entgelt jedoch zwölf Monate lang nur zur Hälfte ausbezahlt. Bei den Beamtinnen und Beamten ist die Sache komplizierter. Hier gilt der Zweijahresrhythmus nur in den ersten vier Stufen, danach verlängert sich der Zeitraum auf drei, ab der achten Stufe sogar auf vier Jahre. Nach der tariflichen Regelung sind alle Beschäftigten im Laufe der zwei Jahre betroffen. Für die Beamtinnen und Beamten ginge ein solches Stufenmoratorium deutlich über die Laufzeit des Tarifvertrages hinaus.

Wegen all dieser Schwierigkeiten ist die Meinungsbildung innerhalb des DGB noch nicht abgeschlossen.

In der unterschiedlichen Übertragbarkeit liegt nach unserer Auffassung die Gefahr, dass sich einseitige Kürzungen bei der Besoldung einschleichen. Die politischen Absichtserklärungen geben uns zwar Recht (siehe Kasten). Bevor ein Gesetzentwurf vorliegt, sind sie aber nicht mehr als eben Erklärungen. Ich kann nur davor warnen, sich von den Finanzpolitikern zu verdeckten Sparopfern hinreißen zu lassen. Wir können genauso gut rechnen wie die Arbeitgeber! Noch eine Abkopplung ist mit uns nicht zu machen.



Forderungen zur Wahl in Niedersachsen und Hessen Vermögensteuer

Mit eigenen Positionen auch zum öffentlichen Dienst haben sich DGB und Gewerkschaften kurz vor den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen zu Wort gemeldet.

Ver.di Niedersachsen formuliert in einer Broschüre Erwartungen für die nächsten fünf Jahre, unter anderem die Rückkehr der Beamtinnen und Beamten zur 38,5-Stunden-Woche. Außerdem sollen Leistungsprämien und -zulagen wieder eingeführt werden, ergänzt DGB-Beamtensekretärin Gudrun Ehrhardt. Derzeit werden die Gelder zur Haushaltssanierung genutzt. Des weiteren sollen die Altersteilzeit ausgeweitet und qualifizierte Teilzeitbeschäftigung angeboten werden, auch unter 20 Wochenstunden. Weiterer Stellenabbau im öffentlichen Dienst wird „entschieden“ abgelehnt. Ver.di will die Einnahmen der öffentlichen Hand durch die Wiedereinführung der Vermögen- und Erhöhung der Erbschaftssteuer verbessern, „statt teilweise unsinnige Ausgabenkürzungen vorzunehmen“. Dies bezieht sich auf ein Konsolidierungskonzept, das die Unternehmensberatung Roland Berger für die Landesregierung erstellt hat.

Der DGB Hessen setzt andere Schwerpunkte, verweist bei der Finanzierung aber auch auf die Vermögensteuer. Bessere Bildung für alle mit gut ausgestatteten Ganztagsangeboten ist eine von elf Forderungen an eine zukunftsfähige Landespolitik. Qua Vergabegesetz sollen öffentliche Aufträge nur an Firmen gehen, die geltende Tarifverträge beachten, Ausbildungsplätze und einen Frauenförderplan nachweisen. DGB und GdP fordern, 600 Polizistinnen und Polizisten sowie 400 Angestellte bei der Polizei neu einzustellen. Weiterer Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst wird abgelehnt. Statt dessen müssten die Mitbestimmungsrechte nach dem Hessischen Personalvertretungsgesetz ausgeweitet werden.

Modellversuch zur Telearbeit in Hessen abgeschlossen

Investitionen rechnen sich

Ver.di wie auch Innenminister Volker Bouffier ziehen eine positive Bilanz des über zwei Jahre laufenden Modellversuchs zur alternierenden Telearbeit in der hessischen Landesverwaltung. Bouffier kündigte baldige Verhandlungen über eine dauerhafte Regelung an.

Im Sommer 2000 hatten Gewerkschaften und Innenministerium eine tarifliche Vereinbarung zu dem Modellversuch abgeschlossen. Seit diesem Zeitpunkt probten 141 Beschäftigte verschiedener Hierarchiestufen vom Oberstaatsanwalt bis zur Sekretariatsmitarbeiterin in 43 Dienststellen den Wechsel zwischen dem Büro und dem heimischen Arbeitsplatz. Ein Drittel waren Männer. Vor allem für Eltern wurde die neue Arbeitsform angeboten.

Die wissenschaftliche Begleitstudie zeigt, dass sich die rund 4.650 Euro rechnen, die das Land in jeden häuslichen Telearbeitsplatz investieren muss. Beruf und Familie lassen sich leichter vereinbaren, weil sich der tägliche Koordinierungsaufwand verringert. Bei gleicher Arbeitszeit konnten die Eltern mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen. Beschäftigte in der Elternzeit kehrten mit Telearbeit früher in den Beruf zu-

rück. Schwerbehinderte lobten Erleichterungen im Alltag.

Zugleich stieg die Effektivität der Arbeit. Dieser Befund bestätigt die Ergebnisse anderer Modellversuche. Befürchtete Kommunikationsstörungen zwischen Telearbeitenden und ihren Kolleginnen und Kollegen oder ihren Vorgesetzten gab es nicht. Allerdings traten erhebliche Mängel bei der Führungskultur zu Tage. Es fehle in der Landesverwaltung an zielorientierter Führung, klagt die hessische ver.di-Frauensekretärin Heike Gumpert.

Innenminister Bouffier will rasch Verhandlungen mit ver.di über eine dauerhafte Regelung aufnehmen, um den Teilnehmenden an dem Modellversuch wie auch weiteren Interessierten Klarheit über ihren künftigen Arbeitsort zu verschaffen.


Gumpert wies in diesem Zusammenhang auf mögliche Klippen hin. Wenn Telearbeit für 3.000 bis 5.000 Beschäftigte zur Regel werden sollte, wie Bouffier in Aussicht gestellt hatte, müsse man in den Verhandlungen auch über höhere Arbeitsintensität und verstärkten Leistungsdruck reden. Der Koordinierungsaufwand werde erheblich steigen. Auch sei mit der Einführung des so genannten Desk-Sharing, dem Teilen des Schreibtisches, zu rechnen.

Länder beraten

Immer mehr Länder beraten über eine gemeinsame Initiative zu Öffnungsklauseln in der Beamtenbesoldung. Neben Berlin, Schleswig-Holstein, Sachsen und dem Saarland beteiligten sich auch Bayern und Brandenburg an einem Treffen der Länderarbeitsgruppe. Baden-Württemberg ist Öffnungsklauseln ebenfalls nicht abgeneigt. Berlin hatte die Initiative im Bundesrat eingebracht, wonach die Länder künftig bis zu zehn Prozent der Beamtenbesoldung und die Höhe von Weihnachts- und Urlaubsgeld selbst regeln können. Noch unklar ist, ob das Thema in der Bundesratsitzung am 14. Februar behandelt wird. Die Ausschüsse beraten noch.

Beamte bleiben

Eine weitgehende Abschaffung des Berufsbeamtentums plant angeblich die nordrhein-westfälische Reformkommission zum Dienst- und Tarifrecht. Vorabberichten zufolge soll es Beamtinnen und Beamte nur noch bei Polizei, Justiz, Finanzbehörden und Streitkräften geben. Der Vorsitzende der Kommission „Zukunft des öffentlichen Dienstes – Öffentlicher Dienst der Zukunft“, Prof. Dr. Hans Peter Bull, sprach von „einer grundlegenden Änderung des Regelungssystems“, um Qualität und Effizienz zu steigern. Beamte werde es immer geben.

 Zum Auftakt der Kommissionsarbeit sprach das DGB-Beamten-Info mit Prof. Dr. Hans Peter Bull, siehe Beamten-Info 1/2002.

Berlin: Gewerkschaften fühlen sich provoziert

Kein Modellfall

Die Landesvorsitzenden von ver.di, GEW, GdP und IG BAU haben am Wochenende über das Angebot des Senats für einen Berliner Tarifvertrag beraten. Die Gewerkschaften gehen mit der Forderung in die Verhandlungen am 7. Februar, den Bundestarifvertrag für den öffentlichen Dienst auf Berlin zu übertragen.

Die Gewerkschaften wollen auch die Beschäftigungssicherungsvereinbarung, die noch bis 2004 läuft, in einem Tarifvertrag weiterführen. Insbesondere für die Beschäftigten in Ost-Berlin sei die Arbeitsplatzsicherheit wichtig, sagt ver.di-Pressesprecher Andreas Splanemann. Die Beschäftigten im Westteil bestehen auf der Tarifierhöhung. Ausgehandelt werden soll ein Vertrag für rund 100.000 ArbeiterInnen und Angestellte bei den Bezirksämtern, Senatsverwaltungen und Hochschulen, der bis 2006 gilt.

Belastet werden die Verhandlungen durch die Äußerung des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit (SPD), die Berliner Verhandlungen könnten „Modellcharakter“ für Deutschland haben. Die Gewerkschaften fühlen sich provoziert. „Damit

macht er die Sache schwieriger“, sagt Splanemann. „Wowereit zerstört die Bemühungen um einen friedlichen Kompromiss, wenn er aus dem lokalen Konflikt den bundesweiten Modellfall machen will“, warnte auch die ver.di-Landesbezirkschefin Susanne Stumpfenhusen. Grundlage der Gespräche ist aus ver.di-Sicht eine Ausnahmeregelung wegen der Notlage des Landes mit Schulden von 47 Milliarden Euro.

Der Senat fordert in seinen „Eckpunkten“, auf Tarifierhöhungen bis einschließlich 2006 zu verzichten, ab 2007 sollen Tarifierhöhungen auf diesem abgesenkten Niveau weitergegeben werden. Das Urlaubsgeld soll bis 2005 gestrichen, das Weihnachtsgeld gekürzt werden. Im Gegenzug will der Senat bis Ende 2006 auf betriebsbedingte Kündigungen verzichten. Für Auszubildende solle es einen nicht näher bezifferten Einstellungskorridor mit einer Übernahmegarantie für ein Jahr geben. Die Arbeitszeit für Angestellte und ArbeiterInnen im Osten soll sich stufenweise an die im Westen geltende 38,5-Stunden-Woche angleichen. Die Pflichtstundenerhöhung für angestellte LehrerInnen will der Senat zurücknehmen. Für Beamtinnen und Beamte soll es aber bei 42-Wochenstunden bleiben.



ANGERISSEN

Die GdP ruft zur ersten bundesweiten **Demo** am 13. Februar in Mainz gegen die längere Arbeitszeit bis 65 Jahre in Rheinland-Pfalz auf.

Die FDP will mit einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung klären, ob die Postnachfolgefirmer mit **Früh-pensionierungen** wegen Dienstunfähigkeit gezielt Kosten sparen.

Eine **leistungsorientierte Bezahlung** der LehrerInnen will die neue Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Hessens Bildungsministerin Karin Wolff (CDU), prüfen.

Das Gesetz zur Hartz-Reform ermächtigt das Arbeitsministerium zu Leistungszulagen für Beamtinnen und Beamte in der **Arbeitsvermittlung** der Bundesanstalt für Arbeit.

Die Stabsstelle „Moderner Staat – Moderne Verwaltung“ ist aufgelöst worden. Zuständig für die **Verwaltungsmodernisierung** ist jetzt das Referat O1 im Bundesinnenministerium.

Laut Umfrage der GEW Rheinland-Pfalz zu den 81 neuen **Ganztags-schulen** fehlen Lehr- und Vertretungskräfte sowie genügend Räume für die Ganztagsangebote.

Die „Wirklichkeit des Polizeiberufes“ zeigt der **GdP-Film** „Arbeitsplatz bei der Polizei – alles andere als sicher“. 385 Polizistinnen und Polizisten seien von 1945 bis 2002 getötet worden.



„Wenn mal was passiert, möchte ich Sicherheit haben.“

Wir sind der größte Versicherer des Öffentlichen Dienstes. Mehr Informationen über die günstigen Versicherungs- und Bausparangebote der HUK-COBURG erhalten Sie unter 0 95 61 / 96 51 51 oder per Internet unter www.HUK.de. Unsere Vertrauensleute, Kundendienstbüros und Geschäftsstellen finden Sie im Telefonbuch unter „HUK-COBURG“.



HUK-COBURG
Da bin ich mir sicher

Das Renten Plus

www.Das-RentenPlus.de

INTERNETVERZEICHNIS

www.klinikverzeichnis-online.de

Die Internetplattform für Heilkuren, Kliniken, Beihilfevorschriften und PKV

www.dbw-online.de

DBW-Ratgeberreihe für Beschäftigte im öffentlichen Dienst / Sektor

– Anzeige –

LANDESNACHRICHTEN Thüringen

Nicht beteiligt

Die Thüringer Gewerkschaften sehen ihre verfassungsmäßig garantierte Mitbestimmung nicht mehr gewährleistet und fordern, die Änderungen im Personalvertretungsgesetz zurückzunehmen. Ein Jahr nach der Einführung des Gesetzes habe sich die Mitbestimmung in den öffentlichen Verwaltungen „drastisch verschlechtert“. Dieses Fazit ziehen DGB, GEW, GdP und IG BAU aus einer gemeinsamen Umfrage bei Thüringer Personalräten. Bei Versetzungen und Abordnungen sei die Personalvertretung „praktisch nicht mehr beteiligt.“ Personalräte könnten die Interessen der Beschäftigten bei der Auflösung, Zusammenlegung oder Verlegung von Dienststellen kaum noch vertreten, weil dies neuerdings nicht mehr der Mitbestimmung, sondern nur noch der Mitwirkung unterliege. Weniger Personalräte würden freigestellt.

Neue „Beamtete“

Anfang Januar haben zwei neue beamtete Staatssekretäre im Bundesinnenministerium ihren Dienst aufgenommen. Für das öffentliche Dienstrecht zeichnet künftig Dr. Göttrik Wewer verantwortlich. Der 49-jährige arbeitete bis 1991 am politikwissenschaftlichen Institut der Uni Hamburg. Tä-

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand,
Abt. Öffentlicher Dienst/Beamte,
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin
Tel.: 030/2 40 60-2 52,
Fax: 030/2 40 60-2 66
beamten.info@bundesvorstand.dgb.de
Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid
Sehrbrock; Redaktion: Medienbüro
Dorothee Beck, Uwe Tillmann; Druck:
toennes satz + druck gmbh, erkrath;
Gestaltung: twmd GmbH

tigkeiten folgten in der Staatskanzlei Schleswig-Holstein, als Direktor der Verwaltungsfachhochschule des Landes und 2001 schließlich ein Wechsel als Staatssekretär ins Kultusministerium von Niedersachsen.

Lutz Diwell übernimmt die Bereiche Innere Sicherheit, Ausländer- und Asylangelegenheiten. Der 52-jährige Jurist hatte in den 80-er Jahren als Staatsanwalt in Berlin und in der dortigen Senatsverwaltung für Justiz gearbeitet. Er leitete die Strafrechtsabteilung. Danach war Diwell Datenschutzbeauftragter in Hamburg.

zung und die dritte Sportstunde nach sich ziehen. Die Obergrenze für Pflichtstunden soll aufgehoben, die Unterrichtsfächer stattdessen faktorisiert werden. Fächer wie Deutsch oder Mathe würden mit einem höheren Zeitfaktor berechnet als etwa Sport. Eine Deutschstunde am Gymnasium erhalte einen höheren Wert als an einer Gesamtschule. Die GEW Hamburg bemängelt, die unterschiedliche Bewertung der Schulformen zementiere das dreigliedrige Schulwesen. Qualitative Belastungsfaktoren und arbeitsmedizinische Erkenntnisse seien nicht berücksichtigt. Die Gewerkschaft befürchtet, dass das neue Modell Konkurrenz schüre. Statt Mehrarbeit zu verordnen, sollten neue LehrerInnen eingestellt werden.

LANDESNACHRICHTEN Hamburg

Faktorisiert

Mit einem neuen Arbeitszeitmodell will Hamburgs Bildungssenator Rudolf Lange den Mehrbedarf erwirtschaften, den steigende SchülerInnenzahlen, Schulzeitverkür-

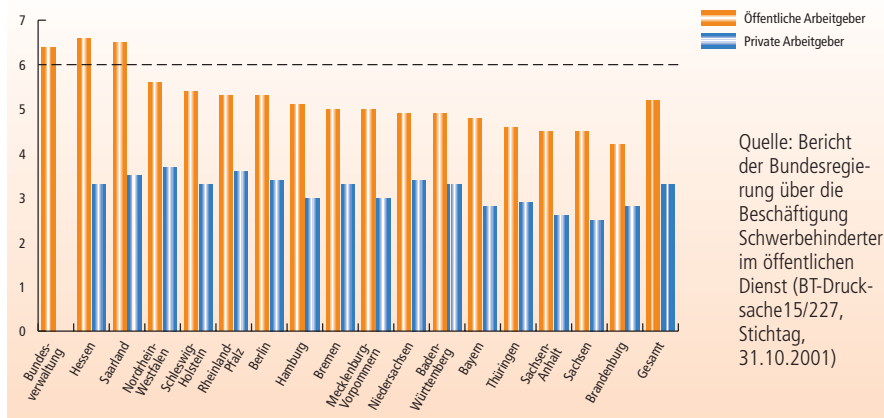
LANDESNACHRICHTEN Sachsen-Anhalt

Gefährdet

Die Regierung von Sachsen-Anhalt will in diesem Jahr 2.400 Menschen weniger beschäftigen und damit 42,5 Millionen Euro einsparen. Ver.di-Fachbereichsleiter Werner Theis sieht für weiteren Personalabbau indes keinen Spielraum. In der allgemeinen Verwaltung, den Sonderbehörden und der Bildung seien „in den letzten Jahren bereits so viele Stellen abgebaut worden, dass in vielen Bereichen die Arbeitsfähigkeit gefährdet ist“. Das treffe auch BürgerInnen und Unternehmen, zum Beispiel durch längere Bearbeitungszeiten. „Wer weiter abbauen will, muss den Bürgern und Unternehmen zunächst sagen, welche Aufgaben und Leistungen nicht mehr erbracht werden sollen“, meint Theis. Nach seinen Angaben war ursprünglich geplant, zum 1. Januar 2003 über 4.500 Stellen zu streichen.

7 3 8 2 ZAHLEN.DATEN.FAKTEN

Schwerbehinderte im öffentlichen Dienst



Im Jahr 2001 beschäftigten die Länder 0,1 Prozentpunkte Schwerbehinderte weniger als im Vorjahr. Das geht aus einem Vergleich der jährlichen Berichte der Bundesregierung hervor. Allerdings arbeiten anteilig mehr Schwerbehinderte im öffentlichen Dienst als in der privaten Wirtschaft. Mittlerweile halten nur noch Hessen und das Saarland die Pflichtquote von sechs Prozent ein. 2000 war das auch noch in Berlin der Fall. (Die Zahlen von 2000 stehen im Beamten-Info 2/2002.)